

# Verwaltungsgebührenboykott

## Wer Mut hat, macht anderen Mut: 50€ jetzt auf das Treuhandkonto zahlen.

Ihr möchtet den Boykott unterstützen, habt aber noch nicht das Geld für den vollen Semesterbeitrag?  
Dann zahlt jetzt schon die 50€ auf das Treuhandkonto und die 188€ an die Uni später.

**Treffen AG-Verwaltungsgebührenboykott: Dienstags, 20 Uhr, Phil-Turm, Rm 973**

## Studiengebühren sind dekultivierend

*„Wie lange mußt du denn noch?“*

ist wohl eine der am häufigsten gestellten Fragen an Studierende. Verbunden damit sind mehrere Grundannahmen: daß Studium ist ein Muß, das man wohl oder übel in Kauf nimmt, um später einen „guten Job“ zu bekommen. Es dauert zu lange und man liegt währenddessen anderen auf der Tasche. Deshalb muß auch zügig ein Abschluß gemacht werden, damit man in den Beruf einsteigen kann und endlich „ordentlicher“ Arbeit nachgeht.

Begreift man das Studium aber nicht als zeitlich begrenzte Jobvorbereitung, sondern als eigene Entwicklung und Entfaltung in Kooperation mit anderen und dem Ziel allgemein nützlicher Erkenntnisse, ist die Anforderung des Müssens keineswegs selbstverständlich. Dann kann man auch mit Freude studieren und zwar so lange, wie es den eigenen verallgemeinerbaren Zielen nützlich ist. So wird die Vorstellung des lebenslangen Lernens neu bestimmt: nicht die stete up-to-date-Erfüllung fremdgesetzter Normen, sondern die Freude an persönlicher und allgemeiner menschlicher Entwicklung ist ihr Gehalt. Diese Möglichkeit emanzipatorischer Bildung ist eng verbunden mit dem offenen Zugang für alle.

Wozu dient dann also jener Satz, mit dem man so hartnäckig verfolgt wird? Er soll ein schlechtes Gewissen bereiten, Scham verursachen gegenüber Eltern und Verwandten oder „dem Staat“, denen man vermeintlich auf der Tasche liegt, Scham gegenüber anderen Leuten, die ihre „gesellschaftlichen Pflich-

ten“ erfüllen, während man selbst an der Uni nur rumtrödelt. Unter dauerhaften Legitimationsdruck soll sich ein jeder immer wieder selbst prüfen, ob er denn mit anderen mithält oder womöglich besser ist. So kann dann als Entschuldigung geltend gemacht werden: wenigstens sind andere noch größere Versager. Diese Wirkung sollen Studiengebühren noch verstärken: unter dem finanziellen und ideologischen Druck der Studiengebühren soll man sich stets selbst ermahnen, nicht länger als unbedingt nötig in der „sozialen Wärmestube“ Universität zu verweilen. Studiengebühren führen also dazu, daß man sich und andere noch mehr als bisher beugt und überlegt, ob man denn auch genau nur das lernt, was als unbedingt nötig von einem verlangt wird. Der von außen gesetzte Druck soll dabei als scheinbarer freier Wille internalisiert werden.

Ein Jeder soll versuchen angepaßter und billiger zu studieren. Billiger heißt aber in diesem Fall nicht nur, durch zügiges Studium möglichst wenig Gebühren zu zahlen, sondern auch darauf zu verzichten, aus dem reichen Erfahrungsschatz von Freunden und Kommilitonen schöpfen und etwas zu dem ihren beizutragen. Billiger heißt vor allem im Einzelkämpfertum durchziehen, bedeutet stete Konkurrenz zu den Kommilitonen, heißt auf interessante Lehrveranstaltungen zugunsten von Pflichtveranstaltungen zu verzichten, weil das sonst nur Zeit raubt, heißt aus ebendiesem Grund auf Engagement und Veranstaltun-

gen über die Uni hinaus verzichten. Bildung als Entbehrung?

Gegen die stete ätzende Anforderung, die individuelle Wildbahntauglichkeit zu beweisen, steht der Mut zur allgemein nützlichen Wissensaneignung. Hier entsteht die Freude an kollektiv zu gewinnenden Einsichten, an dem Gegenstand der Erkenntnistätigkeit und an anderen Menschen.

Der Boykott der Verwaltungsgebühren als Eröffnung der politischen Kampfansage gegen die vom Hamburger Senat angedrohten allgemeinen Gebühren von 500 € pro Person pro Semester ist somit eine doppelte Maßnahme zur Befreiung von der Bravheitsanforderung. Nicht nur werden die Studiengebühren als entscheidendes Dekultivierungsmittel zurückgewiesen; die Beteiligung selber ist bereits ein kollektives Heraustreten aus dem Hinterherhecheln hinter fremdgesetzten Leistungsanforderungen und die Entscheidung für das gemeinsame solidarische Engagement für eine humanistische und allgemein nützliche Perspektive der Wissenschaft.



# Der nächste Schritt: Gebührenboykott

## Das Was-ist-Was des Verwaltungsgebührenboykotts

Studiengebühren sind ein entscheidendes Mittel rechter Politik und somit auch des Hamburger Senats, die Hochschulen marktkonform zu trimmen und speziell die Studierenden vollständig zu einer Ware umzumodeln. Studium soll demnach als individuell käuflich zu erwerbendes Gut begriffen werden, vermittels dessen die angehenden Akademiker sich selbst "veredeln" sollen, damit sie sich anschließend als profitbringendes "Humankapital" auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können. Dies impliziert verstärkte soziale Selektion beim Bildungszugang, Entdemokratisierung der Institutionen, gesteigerte Oberflächlichkeit der Wissenschaftsinhalte und eine Dekultivierung des Miteinanders der Mitglieder im Hochschulalltag.

Der Kampf für die Gebührenfreiheit ist daher integraler Bestandteil des Engagements für die Perspektive einer kritischen, gesellschaftlich verantwortungsvollen Hochschule. Hier ist Wissenschaft die Möglichkeit der kollektiven Erarbeitung eines genaueren Verständnisses der Welt, also ihrer natürlichen, kulturellen sowie sozialen Zusammenhänge, mit dem Ziel der praktischen, solidarischen Verbesserung der Lebensbedingungen aller: Bildung als persönliche Entfaltung durch die Perspektive allgemeiner menschlicher Emanzipation.

### Warum gegen die Verwaltungsgebühren?

Die seit letztem Wintersemester erhobenen Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren. Auch sie tragen dazu bei, die Bildungskosten zu privatisieren und Bildung zur Ware zu machen. Sie haben die spezielle Funktion, als Wegbereiter Akzeptanz für die allgemeinen Studiengebühren zu schaffen. Der solidarische Boykott der Verwaltungsgebühren ist ein klares Signal gegen diese Akzeptanz und eine aktuell notwendige Maßnahme gegen jedwede Gewöhnung an das Bezahlstudium. Er ist zugleich die konsequente Fortführung der Beschlüsse, Demonstrationen, Streiks und Proteste, der bisherigen Verwaltungsgebührenzahlung unter Vorbehalt sowie der erfolgreichen Urabstimmung für die Gebührenfreiheit und die adäquate Antwort auf die Zuspitzung des Wissenschaftssenators, trotz all dieses Widerspruchs allgemeine Gebühren gesetzlich verordnen zu wollen.

### Wie funktioniert der Boykott? Solidarität statt Kamikaze!

Der Boykott als politisches Kampfmittel beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der Verwaltungsgebühren. Das solidarische Handeln ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden.

Die erforderliche Solidarität wird für den Verwaltungsgebührenboykott mit der Einrichtung eines Treuhandkontos ermöglicht. Alle Studierenden sind nun aufgefordert, den Verwaltungsgebührenanteil ihres Semesterbeitrags für das Sommersemester 2006 statt an die Universität auf dieses Treuhandkonto zu überweisen. Wird dabei eine 'kritische Masse' der Beteiligung erreicht, wird dem Senat praktisch unmöglich, einer so hohen Zahl von Studierenden die Rückmeldung zu verweigern. Diese relevante Anzahl halten wir bei einem Quorum eines aufgerundeten Drittels aller an der Universität Hamburg immatrikulierten Studierenden für sicher erreicht, das sind 13.000 Studierende. Damit haben wir uns zugleich die Herausforderung gesetzt, für den Boykott mindestens die Anzahl derer zu mobilisieren die in nur drei Tagen auch schon mit "Ja zur Gebührenfreiheit" bei der Urabstimmung im letzten Jahr votiert haben (12.497 Studierende).

Wird bis zum Stichtag (derzeit 27. März 2006), fünf Werkzeuge vor Ende der Rückmeldefrist zum Sommersemester 2006, das Quorum erreicht, so wird der Boykott durchgeführt und der Senat zum Verzicht auf die Gebühren gezwungen. Die Gebühren werden nicht an die Uni überwiesen, sondern gehen zurück an die Beteiligten. Wird das Quorum nicht erreicht, werden die Gebühren zum Ende der Rückmeldefrist unter Angabe der Matrikelnummern an die Uni überwiesen und alle sind immatrikuliert. Wir haben also nichts zu verlieren!

Angestrebt ist, schon vor Ende der Vorlesungszeit das Quorum zu erreichen. Das begünstigt, unseren politischen Forderungen und Argumenten frühzeitig mit Vollversammlungen und anderen Aktivitäten in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

### Was ist das Risiko?

Den Teilnehmern des Boykotts die Rückmeldung zu verweigern, wird zwar eine Drohung sein, doch ist für die Stadt Hamburg der spontane Verlust eines Drittels ihrer Uni-Studierenden nicht tragbar, sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen. Allerdings wird der Senat auch mit der Zurückhaltung der Semesterunterlagen und des Semestertickets drohen, wovon wiederum von Krankenkasse und Arbeitsvertrag bis Bafög und Aufenthaltserlaubnis viele weitere wichtige Dinge abhängen. Doch auch hier gilt: 13.000 Studierende oder mehr sind eine gesellschaftliche Macht, die, wenn sie solidarisch auftreten, Lösungen durchsetzen werden. Zumal ein erfolgreicher Boykott erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit genießen wird. Schon jetzt haben wir uns mit der Universitätsverwaltung, dem Studierendenwerk und dem HVV in Verbindung gesetzt, mit dem Ziel, sehr zügig die Rückmeldung aller Beteiligten inklusive Rückmeldeunterlagen und dem ohnehin bezahlten Semesterticket ohne die Bezahlung der Verwaltungsgebühren durchzusetzen.

### Was muß ich tun?

Alle, die sich beteiligen, müssen also 50 Euro vom Semesterbeitrag (siehe Rückmeldeunterlagen) abziehen, um sie auf das Treuhandkonto zu überweisen. Der Restbetrag - und nur dieser - ist unbedingt an die Uni zu überweisen, um den Willen weiterzustudieren, dort zu dokumentieren. Weiter sind Name und Matrikelnummer auf der Überweisung erforderlich, für die Rückzahlung bzw. die mögliche Weiterleitung an die Uni. Für aktuelle Informationen über den Stand unseres Kampfes sollten sich darüber hinaus alle in den eMail-Verteiler auf der Homepage eintragen (s. u.). Wer sich früh beteiligt, macht anderen Mut, dies auch zu tun. Der Verwaltungsgebührenboykott ist der nächste Schritt für den erfolgreichen Kampf gegen Studiengebühren. Für sein Gelingen ist jeder in der Verantwortung, mitzumachen, andere zu mobilisieren und den politischen Druck auf Träger und die Profiteure an der Zurichtung der Wissenschaft weiter zu entwickeln und auszubauen.